Auswirkungen des neuen Sozialgesetzbuch II („Grundsicherung für Arbeitssuchende“ bzw. „Hartz IV“) auf die Jugendhilfe

Anmeldung

zur Tagesordnung der Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 13. Oktober 2005

- öffentlicher Teil -

I. Sachverhalt

Die Einführung des Sozialgesetzbuches II (SGB II) hat erhebliche Auswirkungen auch für die Jugendhilfe. Im Folgenden werden diese Veränderungen vorgestellt, soweit sie sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt abzeichnen und beschreiben lassen.

Punkt 1 beschäftigt sich mit den rechtlichen Voraussetzungen des neuen SGB II und geht auf die darin verankerten besonderen Bestimmungen für Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahren ein. Diesen stehen sowohl die berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen als auch Maßnahmen zur Berufsausbildung nach dem Sozialgesetzbuch III offen (Punkt 2). Punkt 3 informiert über die von der Agentur für Arbeit empfohlenen Möglichkeiten für jugendliche Arbeitslosengeld-II-Empfänger und die Verschärfung der Sanktionsmöglichkeiten. Punkt 4 beschäftigt sich mit der Situation in Nürnberg und geht ausführlich auf die Struktur der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitsintegration (ARGE) und ihrem breitgefächerten Angebot für Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahren ein.

Durch das neue SGB II sind auch Handlungsfelder und Kooperationsstrukturen der Jugendhilfe an die neuen Verhältnisse anzupassen. Deshalb wird in den einzelnen Gliederungspunkten 5 dargestellt, in welcher Form die Angebotsstrukturen des Allgemeinen Sozialdienstes und der Verwaltung des Jugendamtes und der freien Träger auf die neue Zielgruppe der Arbeitslosengeld-II-Empfänger ausgerichtet wurden und werden. In Punkt 6 wird versucht, eine Zwischenbilanz zu ziehen und Perspektivbetrachtungen zu formulieren.

1. Rechtliche Voraussetzungen u. Probleme nach Einführung des Sozialgesetzbuches II

Die Fördermaßnahmen für benachteiligte Jugendliche im Bereich der Ausbildung, Beschäftigung und Qualifizierung waren bisher ausschließlich im Sozialgesetzbuch III, Arbeitsförderung, (SGB III; ehemals Arbeitsförderungsgesetz) geregelt. Insbesondere geht das Gesetz in § 61 auf die berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen und in § 241 auf Ausbildungsbegleitende Hilfen und Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen ein.

Mit Einführung der „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ im Sozialgesetzbuch II (SGB II) ab 1.1.2005 treten für eine große Gruppe Jugendlicher und junger Erwachsener gravierende Änderungen ein.

Dabei kommt es allerdings zu Überschneidungen mit den Bestimmungen von SGB III. Die darin beschriebenen Maßnahmen stehen auch Jugendlichen offen, auf die SGB II Anwendung findet.

1.1 Sozialgesetzbuch II

Durch das neue Sozialgesetzbuch II wurde ab 01. Januar 2005 die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe von der Grundsicherung für Arbeitssuchende (Arbeitslosengeld II) abgelöst: Das Gesetz sieht vor, dass sich die Leistungen für langzeitarbeitslose Menschen künftig nicht mehr an der Höhe des letzten Arbeitslohnes orientieren, sondern nach Bedarf bezahlt werden. Darüber hinaus verschärfen sich die Zumutbarkeitsanforderungen zur Aufnahme einer Arbeit und es wird verstärkt Eigeninitiative bei der Arbeitssuche verlangt (Prinzip Fördern und Fordern).

Die neue Grundsicherung für Arbeitssuchende setzt sich aus zwei verschiedenen Leistungen zusammen:

Arbeitslosengeld II bekommen alle, die

- mindestens 15 und noch nicht 65 Jahre alt sind ;
- erwerbsfähig sind, d. h. mindestens drei Stunden täglich arbeiten können ;
- hilfebedürftig sind, d. h. ihren Lebensunterhalt nicht selbst durch eigenes Einkommen oder Vermögen decken können und auch keine Angehörigen oder Partner haben, die sie finanziell unterstützen können;
- EU-Bürger sind oder in Deutschland leben - Ausländern muss die Aufnahme einer Beschäftigung erlaubt sein oder erlaubt werden können.

Sozialgeld erhalten

- nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige, die mit einem erwerbsfähigen Arbeitslosen in einer Bedarfsgemeinschaft zusammenleben, z. B. mit dem im Haushalt lebenden Ehegatten, Partner und den minderjährigen unverheirateten Kindern;
- Kinder unter 15 Jahren.

Hilfebedürftige Auszubildende und Schüler haben grundsätzlich keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II.

Aber: Anspruch auf Leistungen haben Schüler ab Klasse 10, die eine weiterführende Schule, eine Berufsfachschule oder Fachschulklasse besuchen, und Jugendliche, die eine berufliche Ausbildung oder eine berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme absolvieren, wenn sie nur deshalb kein BAföG bzw. keine Berufsausbildungsbeihilfe bekommen, weil sie bei ihren Eltern wohnen.

Im Paragraph 3 (2) SGB II ist ein Rechtsanspruch für Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahren auf eine Arbeit, eine Ausbildung oder eine Arbeitsgelegenheit verankert.

In der Altersgrenze unterscheidet sich der Kreis der Hilfebedürftigen nach SGB II von den zu fördernden Jugendlichen nach SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz).

Ist in SGB VIII die Altersgrenze der Förderung bei 27 Jahren festgelegt, so liegt diese in SGB II bei 25 Jahren. Wenn im Folgenden von „Jugendlichen und jungen Erwachsenen“ die Rede ist, wird die Altersgrenze von SGB II (25 Jahre) verwendet.

§ 3 (2) SGB II lautet:

„Erwerbsfähige Hilfebedürftige, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sind unverzüglich nach Antragstellung auf Leistungen nach diesem Buch in eine Arbeit, eine Ausbildung oder eine Arbeitsgelegenheit zu vermitteln. Können hilfsbedürftige ohne Berufsabschluss nicht in eine Ausbildung vermittelt werden, soll die Agentur für Arbeit darauf hinwirken, dass die vermittelte Arbeit oder Arbeitsgelegenheit auch zur Verbesserung ihrer beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten beiträgt.“

Damit stehen jungen Menschen unter 25 Jahren auch die Berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen bzw. Maßnahmen zur Berufsausbildung der Agentur für Arbeit offen.

1.2 Problematik unterschiedlicher Rechtskreise

Die Einführung des SGB II ändert nichts an der Zuständigkeit und den Aufgaben und Leistungen der Jugendhilfe nach SGB VIII (KJHG). Die Leistungen nach SGB VIII sind grundsätzlich vorrangig vor den Leistungen nach SGB II, bestimmte Leistungen (nach § 3 Abs. 2 und §§ 14 bis 16 SGB II) gehen jedoch den Leistungen des SGB VIII vor.

Der insbesondere in § 13 formulierte Auftrag der Jugendsozialarbeit/Jugendberufshilfe, also die besondere Förderung sozial benachteiligter Jugendlicher, bleibt Aufgabe der Kommune:

„(1) Jungen Menschen, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind, sollen im Rahmen der Jugendhilfe sozialpädagogische Hilfen angeboten werden, die ihre schulische und berufliche Ausbildung, Eingliederung in die Arbeitswelt und ihre soziale Integration fördern.

(2) Soweit die Ausbildung dieser jungen Menschen nicht durch Maßnahmen und Programme anderer Träger und Organisationen sichergestellt wird, können geeignete sozialpädagogisch begleitete Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen angeboten werden, die den Fähigkeiten und dem Entwicklungsstand dieser jungen Menschen Rechnung tragen.“

Gerade die neuen Chancen, aber auch die aufgeworfenen Probleme, die sich aus der neuen Förder- und Förderstruktur des SGB II ergeben, erfordern erweiterte, neue Aufgaben auch der Jugendhilfe. Ein zentrales ungelöstes Handlungsfeld ist die Organisation von geeigneten Übergangshilfen für junge Menschen an den Schnittstellen von Elternhaus, Hauptschule, Berufsschule, Ausbildungsmöglichkeiten, Arbeit und Beschäftigung, Qualifizierung, Maßnahmenträgern und Institutionen (Beratung, Bewerbungstraining, Organisation von Praktika, Begleitung, einzelfallbezogenes „Übergangsmanagement“).

Auch die Verzahnung der Angebote und Strukturen der sich aus dem SGB II ergebenden Leistungen für junge Menschen mit den Einrichtungen und Handlungsfeldern der Jugendhilfe ist ein bislang erst ansatzweise bearbeitetes Feld (Wie können betroffene Jugendliche erreicht werden? Wie organisiert sich der Wissenstransfer zwischen Jugendhilfe und Jobcenter für die U-25-Jährigen? Wie können die Hilfesysteme koordiniert werden? Wie können jugendhilfespezifische Zugänge genutzt werden?).

Hinzu kommen die geteilten Kompetenzen und Zuständigkeiten, die sich aus den unterschiedlichen rechtlichen Verankerungen der verschiedenen Systeme ergeben, die für junge Menschen für diesen gelingenden Übergang und die Integration in die Gesellschaft bedeutsam sind (Bundesrecht: SGB II, III, VIII, Landesrecht: Schule, kommunale Zuständigkeit der Jugendhilfe und von Teilen der Schulorganisation, Kommune als Teil der ARGE).

2. Maßnahmen für Jugendliche nach Sozialgesetzbuch III

2.1 Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen nach SGB III

Die bisherigen berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen der Agentur für Arbeit für junge Menschen sind ab Sommer 2004 durch ein neues Fachkonzept abgelöst worden. Dieses soll zu einer Steigerung der Effizienz und Effektivität durch Erhöhung der Übergangsquote in Ausbildung und Arbeit führen.

Das neue Fachkonzept beinhaltet zunächst, dass die bisherigen Maßnahmekategorien wie TIP-Lehrgänge, Lehrgänge zur Verbesserung der beruflichen Bildungs- und Eingliederungschancen (BBE), Grundausbildungs- und Förderlehrgänge aufgelöst werden.

Der neu entwickelte einheitliche Maßnahmetyp wird lediglich in Qualifizierungsebenen differenziert. Diese Ebenen beinhalten zunächst verschiedene Stufen.

- Grundstufe: Hier werden Hilfen zur Berufswahlentscheidung angeboten und fachliche sowie fachübergreifende Fähigkeiten und Fertigkeiten herausgebildet und trainiert.
- Förderstufe: Hier werden, wenn in der Grundstufe noch keine Vermittlung in Ausbildung oder Arbeit möglich war, die beruflichen Grundfertigkeiten weiter vertieft und verbessert.
- Übergangsqualifizierung: Bei gesicherter Berufswahlentscheidung werden ausbildungs- und arbeitsplatzbezogene Qualifikationen möglichst betriebsnah vermittelt.

Die Jugendlichen durchlaufen zunächst eine Eignungsanalyse als Grundlage einer erfolgreichen Qualifizierungsplanung. Es wird eine Qualifizierungsvereinbarung mit dem Jugendlichen abgeschlossen. Schon ab Beginn der berufsfördernden Maßnahme werden sie von einem Bildungsbegleiter flankiert.

Die Maßnahmendauer ist auf maximal 10 Monate beschränkt, für behinderte Jugendliche können 11 Monate, maximal 18 Monate gefördert werden.

Die Maßnahmen werden bundesweit ausgeschrieben, Prüfung und Erteilung des Zuschlages liegen bei der Bundesagentur für Arbeit und nicht mehr bei den lokalen Arbeitsagenturen.

In Nürnberg stehen über 1.100 Plätze für Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen zur Verfügung.

Junge Menschen in Berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen können Berufsausbildungsbeihilfe bekommen. Deren Höhe bemisst sich zwischen 192 EUR und 348 EUR (bei auswärtiger Unterbringung) plus Zusatzbedarf von 64 EUR. Die Höhe der BAB hängt von zwei Faktoren ab, dem Gesamtbedarf für die berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme und dem anzurechnenden Einkommen von Eltern bzw. Ehegatten.

2.2 Maßnahmen zur Berufsausbildung nach SGB III

Neben den Berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen sind Ausbildungsbegleitende Hilfen (abH) und Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen das zweite Standbein der SGB III – Maßnahmen.

Ausbildungsbegleitende Hilfen unterstützen die Auszubildenden, bei denen aufgrund der hohen Anforderungen das Bestehen der Abschlussprüfung gefährdet ist, während ihrer Ausbildung im fachtheoretischen und fachpraktischen Bereich. Darüber hinaus werden die Teilnehmer sozialpädagogisch begleitet.

Die Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen zielt darauf ab, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit umfassenden Benachteiligungen wie schulischen und/oder sozialen Defiziten, eine Ausbildung zu ermöglichen.

Die Jugendlichen bekommen eine Ausbildungsvergütung und können, wenn die Voraussetzungen stimmen, Berufsausbildungsbeihilfe beantragen.

Die Maßnahme kann mit ausbildungsbegleitender Hilfe kombiniert werden.

Für ausbildungsbegleitende Hilfen stehen in Nürnberg ca. 680 Plätze und für Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen ca. 150 Plätze zur Verfügung.

3. Möglichkeiten der Beruflichen Integration der Zielgruppe der Arbeitslosengeld II – Empfänger unter 25 Jahren

Die besondere Berücksichtigung der unter 25 – jährigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Gesetz, mit dem Ziel der unverzüglichen Vermittlung erfordert entsprechende Maßnahmen.

Unter dem Stichwort „Fördern und Fordern“ steht ein umfangreicher Katalog im von der Bundesagentur für Arbeit herausgegebenen „Kompendium Aktive Arbeitsmarktpolitik nach dem SGB II“ vom September 2004 (Acht–Punkte–Plan) mit Angeboten für die bisherigen jugendlichen Arbeitslosen bzw. Sozialhilfeempfänger zur Verfügung.

Dieser Acht-Punkte-Plan enthält folgende Angebote.

- Intensive Betreuung und Vermittlung durch einen persönlichen Ansprechpartner bzw. Fallmanager. Dies wird durch einen Betreuungsschlüssel von 1:75 gewährleistet. Zwischen Persönlichem Ansprechpartner bzw. Fallmanager und Jugendlichen wird eine Eingliederungsvereinbarung geschlossen.
- Vermittlung in Ausbildung.
- Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen und Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ) sind jetzt auch für arbeitslose Jugendliche bzw. ehemalige jugendliche Sozialhilfeempfänger zugänglich.
- Qualifizierungsmaßnahmen. Vom individuellen Kenntnisstand und Leistungsvermögen des Einzelnen ausgehend, sollen möglichst passgenaue, arbeitsmarktbezogene Teilqualifizierungsschritte bis hin zur anerkannten beruflichen Vollausbildung geplant werden.
- Aufnahme einer Arbeitstätigkeit.
- Arbeitsgelegenheiten. Mehraufwandsbeschäftigung (sogenannte 1 Euro – Jobs).
- Ehrenamtliche Tätigkeiten.
- Modellprojekte, insbesondere für erwerbsfähige hilfsbedürftige Jugendliche mit Migrationshintergrund. Hier stehen Spracherwerb und Erwerb interkultureller Kompetenz im Vordergrund.

Dieser 8–Punkte–Katalog ist hierarchisiert. Oberste Priorität hat die Aufnahme einer Berufsausbildung bzw. Aufnahme einer Arbeitstätigkeit. SGB III-Maßnahmen, wie Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen stehen Jugendlichen mit SGBII-Hintergrund grundsätzlich auch zur Verfügung.

Nach Einschätzung des Jugendarbeitsmarktberichtes der Verwaltung des Jugendamtes, der im Juli 2005 dem JHA vorgelegt wurde, ist die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt für benachteiligte Jugendliche als sehr schwierig zu werten. Der Jugendhilfeausschuss und der Schulausschuss haben deshalb per Beschluss die Verwaltung des Jugendamtes und das Amt für Berufliche Schulen beauftragt, gemeinsam mit den beteiligten Dienststellen und Einrichtungen bis zur nächsten gemeinsamen Sitzung geeignete Konzepte und Maßnahmen zu entwickeln und vorzuschlagen, damit auf die dramatische Situation auf dem Ausbildungsstandort in Nürnberg entsprechend reagiert werden kann. Dies wird in der gemeinsamen Sitzung von Jugendhilfe- und Schulausschuss am 16. November erfolgen.

Aufgrund der dramatischen Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt dürfte es für junge Menschen, die Leistungen nach SGB II empfangen, schwierig werden, sich in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Trotzdem sollten Arbeitsgelegenheiten („1-Euro-Jobs“) die Ausnahme bleiben.

Insbesondere sollte eine sozialpädagogische Begleitung und die Durchlässigkeit zum Übergang in andere Maßnahmen ermöglicht werden. Der Gesetzgeber sieht ja hier auch vor, dass die vermittelte Arbeit oder Arbeitsgelegenheit zur Verbesserung der beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten beitragen soll.

3.1 Verschärfung der Sanktionsmöglichkeiten

Die voraussetzenden Angebote richten sich an Jugendliche und junge Erwachsene, die als Arbeitslosengeld-II-Empfänger bzw. als Mitglied einer Bedarfsgemeinschaft offiziell registriert sind.

Bisher galten Jugendliche, die zu von der Arbeitsverwaltung anberaumten Terminen nicht erscheinen, nicht mehr als unversorgt, d. h. sie verschwanden aus der Statistik der Berufsberatung.

Jetzt steht ein umfangreicher Sanktionskatalog zur Einforderung der Kooperationsbereitschaft der Jugendlichen zur Verfügung.

Insbesondere werden Hilfeempfängern unter 25 Jahren schon beim ersten Mal Ablehnen einer Ausbildung, einer Arbeit etc. der Regelsatz für drei Monate komplett gestrichen. Sie sollen dann Sachleistungen erhalten. Diese Sanktion trifft auch Jugendliche, die eine Maßnahme nicht antreten bzw. abbrechen, da dies einen Verstoß gegen die Eingliederungsvereinbarung darstellt.

Es ist deshalb möglich, dass die Zahl der Jugendlichen, die den Angeboten der Arbeitsverwaltung reserviert bis ablehnend gegenüberstanden, anwachsen wird.

3.2 Exkurs: Jugendliche, die statistisch nicht erfasst werden

Insbesondere sollten folgende Gruppen von Jugendlichen, die in der Regel nicht bei der Agentur für Arbeit oder für die Gewährung von Arbeitslosengeld II beauftragten Stellen registriert sind, von Arbeitsverwaltung und Jugendberufshilfe nicht vernachlässigt werden:

- Jugendliche, die ihre Familie finanziell unterstützen sollen und deshalb Maßnahmen ablehnen.
Dazu gehören auch Jugendliche, die oft prekäre Jobs in Grauzonen bis hin zur Schwarzarbeit ausüben (Aushilfen bei Verwandten, Tankstellenjobs, Gastronomie, Videotheken, Volksfestaufbau).
- Jugendliche, die oft schulmüde sind, da sie fortlaufende Misserfolgserlebnisse erfahren haben und Maßnahmen aufgrund ihres schulähnlichen Charakters nicht annehmen oder ablehnen.
- Jugendliche, die von ihren Familien finanziell mitversorgt werden, ohne dass sie eine Ausbildung oder eine Arbeit aufnehmen wollen. Dies führt oft zu gravierenden familiären Problemen.
- Ausländische Jugendliche, vor allem türkische Mädchen, die im elterlichen Haushalt mithelfen müssen. Die Ausübung einer Beschäftigung bzw. eine Berufsausbildung wird deshalb von der Familie oft abgelehnt..
- Berufsschulverweigerer.
- Obdachlose Jugendliche.

- Ausländerrechtlich nur geduldete Jugendliche mit nachrangigem Arbeitsmarktzugang. Bis Dezember letzten Jahres konnten vor allem unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nach einem Jahr Aufenthaltsdauer von der Arbeitsagentur eine Arbeitserlaubnis von 14,5 Wochenstunden bekommen. Seit 1.1.2005 mit in Kraft treten des Zuwanderungsgesetzes liegt die Erteilung der Arbeitserlaubnis bei den Kommunen. Laut Gesetz dürfen Personen, die an der Identitätsfeststellung nicht aktiv teilnehmen, also Flüchtlingskinder und – jugendliche, keine Arbeitserlaubnis erhalten.

Eine Quantifizierung dieser Zielgruppe ist schwierig. Alle Fachexperten sind sich jedoch einig in der Einschätzung, dass diese Gruppe in erheblichem Umfang existiert und nicht vernachlässigt werden darf.

Für diese Gruppen von Jugendlichen könnten niederschwellige Angebote greifen. Diese Angebote werden zunächst ohne den verbindlichen Charakter der SGB II – Angebote auskommen müssen, um die Jugendlichen behutsam in den Bereich weiterer Qualifizierungsangebote einführen zu können.

Eine Möglichkeit an diese Zielgruppen heranzukommen, wäre die Einrichtung einer mobilen Beratung (Infobus, Jobmobil) an dem Berufsberatung, Fallmanager der Arbeitsgemeinschaft für Beschäftigung und Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Jugendhilfe beteiligt sind. Über eine Maßnahme könnten geeignete Jugendliche qualifiziert werden, ihre Altersgenossen in aufsuchender Arbeit auf die Angebote für benachteiligte Jugendliche hinzuweisen (Jugendliche beraten Jugendliche).

Dies erfordert auch eine enge Verzahnung eines solchen Angebotes mit der Bezirkssozialarbeit des Allgemeinen Sozialdienstes, die Jugendliche in den Familien direkt ansprechen kann. Darüber hinaus ist eine enge Kooperation mit den Einrichtungen der Jugendarbeit anzustreben.

4. Angebote der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitsmarktintegration (ARGE) für Jugendliche unter 25 Jahren (U25) in Nürnberg

4.1 Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitsmarktintegration (ARGE) in Nürnberg

Zur Umsetzung des Gesetzes zur „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ (SGB II) sollten Arbeitsgemeinschaften zwischen der Agentur für Arbeit und den Kommunen gebildet werden. Darüber hinaus sollte in 69 sogenannten Optionskommunen die Umsetzung von SGBII in kommunaler Hand erprobt werden.

Nürnberg als Sitz der Bundesagentur für Arbeit fungierte als Modellregion, um die Zusammenarbeit der Agentur für Arbeit und der Stadt Nürnberg zu erproben. Deshalb wurde auch schnell eine Arbeitsgemeinschaft (ARGE) zwischen der Stadt Nürnberg und der örtlichen Arbeitsagentur in die Wege geleitet und im Dezember 2004 gegründet.

Für das Stadtgebiet Nürnberg und seine Bürgerinnen und Bürger sollen alle Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II unbeschadet der Trägerschaft von Bundesagentur und Kommune (§ 6 SGB II) in gemeinsamer Verantwortung durch die Agentur für Arbeit Nürnberg und der Stadt Nürnberg erbracht werden, um so im Interesse der Leistungsberechtigten Parallelstrukturen zu vermeiden und eine „Leistungserbringung aus einer Hand“ zu ermöglichen.

Aufgrund der Interdependenzen bei der Entscheidung über die verschiedenen Leistungen, den unterschiedlichen Kompetenzen und Erfahrungen mit Verfahren und Kundenkreisen wurden bei der Arbeitsaufnahme der Arbeitsgemeinschaft grundsätzlich gemischte Teams aus Mitarbeiter/innen der beiden Gesellschafter gebildet.

4.2 Struktur der Empfänger von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld in Nürnberg

Im Stadtgebiet Nürnberg gab es im August 2005 26997 Bedarfsgemeinschaften mit 48659 Personen, also fast 10% der Nürnberger Wohnbevölkerung. Darin enthalten sind 35745 Alg-II-Empfänger und 12.914 Sozialgeldempfänger, in der Regel nichterwerbsfähige Familienangehörige.

In Nürnberg gab es im August 2005 18.779 Kinder und Jugendliche unter 25 Jahren, die unter SGB II-Bezug fielen. 6.148 waren als erwerbsfähig eingestuft. Wenn man von dieser Zahl die Schülerinnen und Schüler und Mütter mit Kleinkindern etc. abrechnet, sind 3.653 Jugendliche Arbeitslosengeld II-Bezieher arbeitslos und arbeitssuchend gemeldet. 2.307 von ihnen stehen zur Vermittlung bei der ARGE zur Verfügung. Der Rest befindet sich in Maßnahmen, sind sog. Aufstocker (Alg-II-Bezug ergänzend zum Arbeitslohn) oder sind krank gemeldet.

Von den 3.653 arbeitssuchend gemeldeten Jugendlichen verfügten 2.631 über einen Schulabschluss, 865 Jugendliche hatten bereits eine Ausbildung absolviert. 1.022 Jugendliche verfügten über keinen Schulabschluss.

4.3 Konkrete Angebote der ARGE für Jugendliche unter 25 Jahren

Die zentrale Anlaufstelle der ARGE (Team U25) für Jugendliche von 18 bis unter 25 Jahren ohne Ausbildung, sowie allein lebende nicht volljährige Jugendliche, befindet sich im Erdgeschoss der Agentur für Arbeit am Richard-Wagner-Platz 5. Für junge Menschen mit Berufsausbildung und noch nicht volljährige Jugendliche, die noch bei ihren Eltern wohnen, sind die Außenstellen zuständig.

Außenstellen der ARGE befinden sich in der Nicolaistraße (West), der Platenstraße (Süd) und der Fichtestraße (Nord).

Es ist geplant, für beide Gruppen eine gemeinsame Anlaufstelle/Jobcenter („U25 Jugend aktiv“) einzurichten. Es wäre zu begrüßen, wenn ein solches Jobcenter unter einem Dach mit Berufsberatung und städtischen Dienststellen, wie das Amt für Ausbildungsförderung des Jugendamtes, eine Anlaufstelle für alle arbeitssuchenden jungen Menschen bieten könnte. Weiterhin sollen dort Träger sog. flankierender Dienstleistungen (z.B. dezentrale Schuldnerberatung, Agentur „Familie und Beruf“) integriert werden. Dieser Jobcenter soll eine hinsichtlich Fallbearbeitung, Erreichbarkeit, Methoden und Ausstattung zielgruppenadäquate Einrichtung sein, die von den Jugendlichen als Hilfe- und Beratungsinstanz angenommen werden kann. Ergänzend wäre eine ambulante mobile Beratungseinrichtung notwendig („Job-mobil“) um Jugendliche, die von sich aus nur schwer Kontakt mit der ARGE aufnehmen können, vor Ort aufzusuchen und zu beraten.

Im Team U25 arbeiten mittlerweile 13 Vermittler, 3 interne Fallmanager und 16 Mitarbeiter in der Leistungsabteilung. Zusätzlich sind für Jugendliche (mit u. ohne Ausbildung) 12 externe Fallmanager der NOA gGmbH eingesetzt. Jugendliche und junge Menschen werden hier, auch in Kooperation mit anderen Beratungseinrichtungen, beraten, betreut und in Arbeit/Ausbildung und jugendspezifische Qualifikationsmaßnahmen vermittelt.

Jeder Jugendliche wird von einem persönlichen Ansprechpartner (pAp) betreut, der den ganzen beruflichen Eingliederungsprozess begleitet. Dieser erstellt zusammen mit dem Jugendlichen ein individuelles Profil, an Hand dessen sich die weitere Zielsetzung und Vorgehensweise ableitet. Auf der Grundlage dieses Profils wird eine sog. Eingliederungsvereinbarung zwischen dem Jugendlichen und dem persönlichen Ansprechpartner geschlossen. Grundsätzliche und übergreifende Zielsetzung ist die nachhaltige Integration der erwerbsfähigen jungen Menschen von 15 – 24 Jahren in den 1. Ausbildungs- und Arbeitsmarkt oder in Selbständigkeit .

Die Dauer der Arbeitslosigkeit soll bei unter 25jährigen auf unter 3 Monate gesenkt werden.

Rahmenziele:

- Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit und beruflichen Handlungsfähigkeit
- Erhöhung des Qualifikationsniveaus
- Stabilisierung zur Wiedererlangung möglicher Beschäftigungsfähigkeit
- Anbahnung von Stabilisierungsmöglichkeiten
- Steigerung der Kundenzufriedenheit
- Erhöhung des Angebotes von Arbeits- und Ausbildungsstellen und Praktikums- und Qualifizierungsangeboten.

Sollte sich bei der Erstellung des individuellen Profiles ergeben, dass z.B. in den Bereichen Familie, soziale und persönliche Situation, schulische und berufliche Qualifikation, erhebliche/multiple Vermittlungshemmnisse vorliegen werden diese Jugendlichen an einen Fallmanager übergeben.

Fallmanagement ist ein auf die nachhaltige Arbeitsmarktintegration der Jugendlichen ausgerichteter Prozess, bei dem mittels eines Integrationsplanes Ressourcen und Fähigkeiten einerseits, sowie Probleme und Arbeitshemmnisse andererseits erfasst werden und ein Förderbedarf festgestellt wird. Kooperativ werden aktivierende Förderangebote und flankierende Leistungen geplant, implementiert, koordiniert, überwacht und evaluiert.

Grundsätzlich steht jedem Jugendlichen weiterhin der Zugang zur Berufsberatung der Agentur für Arbeit offen. Hier besteht allerdings die Absprache, dass zunächst ein Profil durch den persönlichen Ansprechpartner der ARGE erstellt wird. Sollte dieses ergeben, dass der Jugendliche in der Lage ist eine Ausbildung zu beginnen, wird der Fall der Berufsberatung übergeben. Von dort können die Jugendlichen in Ausbildung oder Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen nach SGB III vermittelt werden.

Das ARGE-Team/U25 entwickelt ein Arbeitsmarktprogramm, in dem die berufliche und soziale Integration der Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Vordergrund steht. Dieses Arbeitsmarktprogramm wird entsprechend der sich verändernden Anforderungen fortgeschrieben und entsprechend angepasst. Dabei werden die Angebote zur beruflichen Integration immer an der Zielgruppe ausgerichtet.

Die Erfahrungen der ersten Monate des ARGE-Betriebes zeigen, dass der Bereich U25 mit einer großen Zahl von Jugendlichen konfrontiert ist, bei denen einerseits ein enorm hoher Nachholbedarf im Bereich der schulischen und beruflichen Qualifikation besteht und andererseits große Defizite in den Bereichen Sozialverhalten, Arbeitstugenden sowie Motivation bestehen. Die berufliche Situation ist oftmals gekennzeichnet durch eine fehlende kontinuierliche Arbeitserfahrung und durch wiederkehrende Arbeitslosigkeiten und perforierte Beschäftigungsphasen.

Insgesamt handelt es sich um eine sehr heterogen strukturierte Kundengruppe mit unterschiedlichen beruflichen und schulischen Vorerfahrungen, Nationalitäten und Migrationserfahrungen, belastenden Familien- u. Wohnverhältnissen, Vorstrafen, psychiatrischen Vorerfahrungen, Erfahrungen mit Suchtmitteln und noch bestehenden oder schon erloschenen Kontakten zur Jugendhilfe und Bezirkssozialarbeit.

Es lassen sich allerdings auch junge Menschen feststellen, die durchaus ausbildungsbereit und nach unserer Einschätzung ausbildungsfähig sind und die nach der Erstellung eines Profiles durch den persönlichen Ansprechpartner in die Berufsberatung bzw. Maßnahmen nach SGB III übergehen.

Die ARGE stellt deshalb eine breite Palette von Angeboten und Maßnahmen für Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahren zur Verfügung:

Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt/Ausbildungsmarkt

- Sprungbrett 05, bisher JUMP PLUS mit 700 Plätzen bei der Noris-Arbeit (NOA). Dauer vier Monate, geeignet auch für Jugendliche, die bereits eine Ausbildung haben.
Im Vordergrund stehen hier Coachingmaßnahmen zur Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt oder in Ausbildung.
- Beauftragung Dritter nach SGB III § 421 i–Maßnahme: Träger vermitteln Jugendliche, die ein Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) absolvieren in Ausbildung. Zehn Plätze kaufmännisch–sozial zehn Plätze gewerblich–technisch Träger bfz.

Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung.

- Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen mit 30 Plätzen bei Kinderarche Fürth und 6 Plätzen für allein Erziehende (Kolping).
- Auf dem Weg zur Ausbildung mit 2x25 Plätzen. Wendet sich v.a. an junge Frauen mit ausländischer Herkunft. Vorbereitung auf Ausbildung: Deutschunterricht, Bewerbungstraining, EDV, Praktika, Coaching.
- Praktikum im Betrieb (finanziert über AGH): 90 Plätze. Ziel ist Berufsorientierung und Vermittlung in Ausbildung.
- Einstiegsqualifizierung (EQJ), Praktika in Betrieben. Abwicklung über die Berufsberatung und Handwerkskammer.
- Arbeit und Lernen. Berufliche Orientierung und Qualifizierung für Jugendliche ohne Job. (BOB) ABM–Maßnahme. Ziel: Erhöhung der Integrationschancen. Erwerb des Hauptschulabschlusses. 68 Plätze bei der Noris–Arbeit.
- Arbeit und Lernen. 14 Plätze bei der Evangelischen Jugend. Förderung der beruflichen Integration durch Arbeit in den Bereichen Verwaltung, Handwerk und Soziales.
- ABM im K4 (ehemaliges KOMM) Beschäftigung und Qualifizierung im handwerklichen Bereich.
- ABM Maler/GaLa/Bau 14 Plätze bei NOA. Beschäftigung und Qualifizierung im Bereich Maler/Bau-/Garten- und Landschaftsbau.
- Maßnahme „Reso“ nach § 37 SGB III richtet sich an Haftentlassene. Unterstützung bei der Suche nach einem Arbeitsplatz, Herstellen von Kontakten zu Beratungsstellen.
- Voraussichtlich ab 1.2.06: BOIE, Berufliche Orientierung und Integration von hilfebedürftigen Erwerbsfähigen unter 25 Jahren. Für 20 –26 Teilnehmer beim bfz. Nachholen des Erfolgreichen Hauptschulabschlusses und gezielte Qualifizierung im Dienstleistungsbereich.
- Überbetriebliche Trainingsmaßnahme (TM) und Förderung beruflicher Weiterbildung (FbW) sind eigentlich Integrationsprogramme für Erwachsene.

Die ARGE erwartet, dass aus dem U –25 Bereich 195 Jugendliche an TM teilnehmen können und 92 Jugendliche an FbW.

Arbeitsgelegenheiten mit und ohne Qualifizierungsanteil

- Jugendwerkstatt mit 150 Plätzen bei Noris- Arbeit und SOS – Berufsausbildungszentrum.
„1–Euro–Jobs“ mit Qualifizierungsanteil (drei Tage Arbeit, zwei Tage Qualifizierung)
Die Laufzeit beträgt 6 Monate. Ziele sind Arbeitserprobung, Berufsorientierung und Qualifizierung.

analog:

- Jugendwerkstatt der Arbeiterwohlfahrt mit 45 Plätzen. Gezieltes Angebot für Migranten.
- Arbeitsgelegenheiten für Jugendliche unter 25 Jahren. Hier steht für den Jugendbereich ein Kontingent von 224 von insgesamt 2.500 Stellen zur Verfügung. Die Vermittlung erfolgt über die Noris–Arbeit. Ziel ist die Reduzierung der Hilfebedürftigkeit, Hebung der Motivation und die Erhöhung der Motivationschancen.

Die ausgewiesenen Maßnahmeplätze (siehe oben) spiegeln nicht die Anzahl der Teilnehmer wieder, da über einen Maßnahmeplatz u.U. mehrere Teilnehmer geschleust werden können (Abbrecher/vermittelte Jugendliche etc.). Letztendlich könnte jedem Jugendlichen/Kunden der ARGE U25 ein Angebot unterbreitet werden, sodass die ARGE in der Lage wäre, den gesetzlichen Auftrag, jedem Jugendlichen ein auf ihn zugeschnittenes Angebot zu machen, zu erfüllen.

5. Konsequenzen für Handlungsfelder der Jugendhilfe

Durch die Einführung des Sozialgesetzbuches II ändern sich auch die Rahmenbedingungen für die Jugendhilfe (die Änderungen im Bereich des Sozialamtes müssen gesondert behandelt werden). Beratungsinhalte und Kooperationsstrukturen müssen offensiv an die neuen Verhältnisse angepasst werden. Die Angebotsstrukturen des Allgemeinen Sozialdienstes und des Jugendamtes wurden und werden entsprechend auf die neue Zielgruppe der Arbeitslosengeld II – Empfänger ausgerichtet.

5.1 Auswirkungen des SGB II auf das Aufgabenprofil des ASD

Die Einführung des SGB II zum 01.01.2005 und der damit bewirkte Übergang der meisten Sozialhilfeempfänger in die Zuständigkeit der ARGE und in den Bezug von Alg II hatte bedeutsame Auswirkungen auf das Aufgabenprofil und die Personalausstattung der Bezirkssozialarbeit des ASD.

Bis zum Ende des Jahres 2004 hatten die Bezirkssozialpädagogen/innen des ASD bestimmte, in einer Vereinbarung mit dem Sozialamt festgelegte Aufgaben im Zusammenhang mit dem Sozialhilfebezug, z.B. Beratung über die Möglichkeiten des Ausstiegs aus dem Sozialhilfebezug, Beratung über wirtschaftliches Verhalten, aber auch konkrete Begutachtungen über Bedarfe an einmaligen Leistungen.

Nachdem einerseits einmalige Leistungen und Pauschalen in der neuen Regelleistung nach dem SGB II kaum mehr vorhanden sind und andererseits das Profiling und die Beratung

über den Wiedereinstieg in das Berufsleben Aufgabe der Fallmanager und der Arge-Vermittler ist, fielen mit der Einführung des SGB II diese Aufgaben für die Kundschaft der ARGE im Aufgabenprofil der Bezirkssozialarbeit weg. Der ASD hat in der Planungsphase der ARGE im Jahr 2004 darauf reagiert und acht Planstellen aus der Bezirkssozialarbeit an das Fallmanagement der ARGE abgegeben.

Der Wegfall von Beratungsleistungen im wirtschaftlichen Bereich, die früher für Sozialhilfeempfänger erbracht wurden, bedeutet eine Schwerpunktverschiebung im Aufgabenprofil der Bezirkssozialarbeit hin zu den Leistungen für Kinder, Jugendliche und Familien. Es bleiben aber noch bedeutende wirtschaftliche Beratungsaufgaben in der Bezirkssozialarbeit erhalten: Erstberatung bei wirtschaftlichen Problemen für alle hilfeschuchenden Bürger/innen über mögliche Ansprüche, Ansprechpartner und Antragstellung, Beratung für die verbliebenen Kunden des Sozialamtes (Sozialhilfe, Eingliederungshilfe, Asylbewerberleistungsgesetz, Grundsicherung) entsprechend der noch geltenden Vereinbarungen, Beratung von N-Energie-Kunden mit Zahlungsrückständen und drohender Stromsperre.

Und es entstehen Schnittstellen zur ARGE, d.h. Aufgaben, die die Bezirkssozialarbeit des ASD für die Kunden der ARGE wahrnimmt. Die ARGE übernimmt zwar die wirtschaftliche Beratung und die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt, aber sie braucht für die erfolgreiche Wahrnehmung dieser Aufgabe Kooperationspartner – z. B. Kindertagesbetreuung, Suchtberatung, Schuldnerberatung und eben die Bezirkssozialarbeit des ASD.

Die Fragen, wie diese Schnittstellen ARGE – ASD genau aussehen, welche Verfahrensabläufe für die kundenbezogene Zusammenarbeit festzulegen sind, wie der Informationsfluss zwischen ARGE und ASD zu organisieren ist, werden gegenwärtig in einer Arbeitsgruppe mit Vertretern beider Institutionen erörtert und beantwortet, so dass gegen Ende des Jahres 2005 eine schriftliche Kooperationsvereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen ARGE und Allgemeinem Sozialdienst vorliegen wird und in Kraft treten kann. Eine frühere Bearbeitung dieses Themas war wegen der Konzentration aller Kräfte in der ARGE auf das „Kerngeschäft“, die Auszahlung der Leistung sicherzustellen, in den ersten Monaten nach der Einführung des Alg II nicht möglich.

Insofern können die nächsten beiden Abschnitte noch keine endgültigen Festlegungen enthalten, sondern begründete Vermutungen über das Ergebnis der oben genannten Arbeitsgruppe.

Kooperation des ASD mit den ARGE-Außenstellen

In der Kooperation mit den ARGE-Außenstellen werden vor allem die Leistungen der Bezirkssozialarbeit für Kinder, Jugendliche und Familien im Mittelpunkt stehen, d.h. die Beratung bei erzieherischen und familiären Problemen, die Beratung über und die Einleitung von Hilfen zur Erziehung, fallweise auch die Beratung bei Trennung und Scheidung und die Jugendgerichtshilfe.

Bei der Profilingarbeit mit den Kunden in der ARGE und beim Erarbeiten der Eingliederungsvereinbarung werden den ARGE-Vermittlern und den Fallmanagern Sachverhalte bekannt werden, die den o.g. Beratungsbedarf erkennen lassen. Für diese Fälle muss

- die notwendige Information über die Leistungen der Bezirkssozialarbeit bei allen ARGE-Mitarbeitern/innen vorhanden sein.
- ein abgestuftes System, das vom bloßen Verweis der Kunden auf den ASD bis hin zu einer standardisierten Meldung reicht, verabredet sein.

Die Lösung erzieherischer oder familiärer Probleme kann Bestandteil der Eingliederungsvereinbarung sein; für solche Fälle muss ein Procedere der Zusammenarbeit zwischen Fallmanager/in und Bezirkssozialpädagogin/-pädagoge entwickelt werden.

Kooperation des ASD mit der ARGE U 25

Wesentlich zahlreicher, intensiver und enger werden die Kooperationen der Bezirkssozialarbeit mit der ARGE U 25 sein bzw. sind es bereits.

Bei der Fallbearbeitung in der ARGE U 25 wird immer wieder auch ein erzieherischer Bedarf aufgedeckt werden; in diesen Fällen – für deren Erkennen und Handling die ARGE-Mitarbeiter/innen besonders geschult werden müssen – ist der/die zuständige Bezirkssozialpädagoge/in einzubeziehen und im weiteren Fallverlauf ist nach vereinbarten Regeln zwischen den Fachkräften von ASD und ARGE zu kooperieren.

Auch der umgekehrte Fall kommt häufig vor: Kunden des ASD, die eine Hilfe zur Erziehung erhalten (ambulant oder stationär) werden auch zu Kunden der ARGE. Hier gilt die selbe Verpflichtung zur Kooperation, bis hin zur Einbeziehung des Fallmanagers in Hilfeplangespräche und die Hilfeplanung.

Dabei müssen sich beide Kooperationspartner über den Umgang mit den Datenschutzverpflichtungen verständigen.

Weitere Kooperationen wird es hinsichtlich besonderer Zielgruppen der ARGE U 25 mit besonderen, vielschichtigen Problemen geben, z.B.

- die unter 2.4 beschriebenen Jugendlichen, die sich dem Arbeitsmarkt und der ARGE entziehen; für diese Gruppe wird man gemeinsam Eingliederungsbemühungen entwickeln müssen.
- Jugendliche bzw. junge Erwachsene, die von der ARGE U 25 in Maßnahmen vermittelt werden und diese abrechen oder gar nicht antreten; hier wird eine Meldung an den ASD zu überlegen sein, ähnlich wie sie in der Vergangenheit zwischen ASD und NOA-Arbeitsberatungsstelle (ABS) vereinbart war.

Aus weiteren Zielgruppen oder Maßnahmen der ARGE U 25 werden weitere Kooperationsfelder entstehen, über die dem Ausschuss dann aktuell berichtet werden wird.

5.2 Auswirkungen auf die Angebote des Jugendamtes

Das Jugendamt der Stadt Nürnberg bietet eine Reihe von Angeboten an, die sich an alle Jugendlichen richten. Aufgrund der sozialen Zusammensetzung dieser Jugendlichen ist der Anteil benachteiligter Jugendlicher bzw. Sozialgeldbezieher oder in Arbeitslosengeld II fallenden besonders groß.

In vielen Fragen der Beschäftigung, Qualifizierung und Ausbildung hat hierbei die Noris-Arbeit (NOA) operative Funktionen für die Stadt Nürnberg und somit auch das Jugendamt übernommen. Die Kooperationszusammenhänge mit der ARGE wurden hierbei bereits in den entsprechenden Kapiteln dieses Berichts ausführlich dargestellt, so dass im folgenden die Auswirkungen auf die originären Handlungsfelder der Jugendhilfe dargestellt werden.

5.2.1 Kindertagesbetreuung

Kinderbetreuung als flankierende Dienstleistungsmaßnahme nach SGB II wird im Zusammenhang mit dem Kindertagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) von der Verwaltung des Jugendamtes im Jugendhilfeausschuss am 13. Oktober 2005 ausführlich dargestellt.

Im SGB II wird die Kinderbetreuung als flankierende Dienstleistung definiert.

In § 16 SGB (2) ist folgendes festgelegt:

„Über die in Absatz 1 genannten Leistungen hinaus können weitere Leistungen erbracht werden, die für die Eingliederung des erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in das Erwerbsleben erforderlich sind. Dazu gehören insbesondere

1. Die Betreuung minderjähriger oder behinderter Kinder oder die häusliche Pflege von Angehörigen.“

Der § 24 SGB VIII wurde entsprechend dem SGB II um folgenden Satz ergänzt:

„Solange ein bedarfsgerechtes Angebot in Tageseinrichtungen nach Satz 2 oder 3 noch nicht zur Verfügung steht, sind die Plätze vorrangig für Kinder, deren Erziehungsberechtigte erwerbstätig, arbeits- oder beschäftigungssuchend sind, zur Verfügung zu stellen.“

Damit werden die Kommunen als Träger der öffentlichen Jugendhilfe in die Pflicht genommen. Das Jugendamt hat einen gesetzlich fixierten Gewährleistungsauftrag zu erfüllen, ein bedarfsgerechtes Angebot an Kindertagesbetreuung rechtzeitig zur Verfügung zu stellen und dies im Rahmen seiner Verpflichtungen der Jugendhilfeplanung auch adäquat planerisch abzusichern.

Als Übergangslösung bis ein bedarfsgerechter Ausbau an Plätzen in Einrichtungen und Tagespflegebereich gegeben ist, stellen die städtischen Kindergärten „Notplätze“ zur Verfügung. Damit kann im dringenden Bedarfsfall ein Platz pro Gruppe überbelegt werden, sofern dieser nicht bereits aufgrund einer defizitären Versorgungssituation vergeben wurde. Bei insgesamt 120 Gruppen können auf diese Weise ungefähr 80 Plätze hierfür zur Verfügung gestellt werden.

Gespräche mit den Fachberaterinnen für Kindertageseinrichtungen der freien Träger haben ergeben, dass die freien Träger auch „Notplätze“ im Bedarfsfall anbieten werden.

Für die Betreuung der Kinder unter drei Jahren ist der Ausbau von Krippen und die Stärkung der Tagespflege vorgesehen. Im Bereich der Tagespflege konnte der Kinderhaus e.V. bereits eine erhebliche Anzahl an weiteren Tagesmüttern gewinnen.

In Kindergärten, insbesondere an der Peripherie von Nürnberg, wo der Bedarf an Plätzen für Kinder ab drei Jahren rückläufig ist, werden zunehmend Kinder ab zwei Jahren oder Schulkinder aufgenommen.

Im Bereich der Schulkindbetreuung muss im Einzelfall geprüft werden, ob die Mittagsbetreuung jeweils zeitlich ausreicht, oder ob ein Hortplatz benötigt wird. Der Beschluss des JHA vom 02.06.2005 überall dort weitere Hortplätze zu schaffen, wo es ohne zusätzliche Investitionen möglich ist, wird derzeit sukzessive umgesetzt.

Die Platzvermittlung für Eltern, die im Alg II Bezug stehen und in Maßnahmen vermittelt werden und dadurch schnell einen Betreuungsplatz für ihre Kinder benötigen übernimmt die „Agentur für Familie“.

In dieses Handlungsfeld gehören auch die Schülertreffs als Scharnier am Übergang zwischen Schule und Beruf. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Berufsorientierung der Schülerinnen und Schüler. Schülertreffs sind an den Hauptschulen Hummelsteiner Weg, Julius-Leber- Straße, Amberger Straße und Oedenberger Straße (Konrad- Groß- Schule) angesiedelt.

5.2.2 Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, schul- und berufsbezogene Jugendhilfe

Kinder- und Jugendhäuser/ Jugendtreffs

Kinder- und Jugendhäuser und Jugendtreffs bieten in der Regel ihren Jugendlichen Unterstützung bei der Berufsorientierung an. Dies kann von Einzel- und Gruppenarbeit bis zu Bildungsangeboten gehen. Am Übergang Schule in Ausbildung und Beruf ist die Bandbreite von Hausaufgabenhilfe, über Nachmittagsbetreuung bis hin zu Qualikursen gegeben.

In der gemeinsamen Sitzung von Schulausschuss und Jugendhilfeausschuss vom 27.5.2004 wurde das Ergebnis einer Umfrage in allen städtischen Kinder- und Jugendeinrichtungen nach den Angeboten an der Schnittstelle Jugendarbeit und Schule vorgelegt.

Ein ausführliches Bild der Angebote der Jugendarbeit auf dem Gebiet der Berufsorientierung kann dem Nürnberger Katalog berufliche Integration junger Menschen entnommen werden. www.bbhh.nuernberg.de. Der Katalog als Printmedium wird voraussichtlich im November 2005 neu aufgelegt und bietet für Fachkräfte aus Schulen, Arbeitsverwaltung, Maßnahmenträgern, Sozialdiensten, Beratungsstellen und Jugendarbeit einen Überblick über die Angebote der Jugendberufshilfe und Berufsorientierung in Nürnberg.

Jugendsozialarbeit an Schulen als präventives Angebot

Jugendsozialarbeit an Schulen ist eine Leistung der Jugendhilfe, die in der Institution Schule erfolgt. Grundlage ist der §13 Abs. 1 SGB VIII, nachdem jungen Menschen zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen und individueller Beeinträchtigungen sozialpädagogische Hilfen zur beruflichen und sozialen Integration angeboten werden sollen.

In Nürnberg besteht Jugendsozialarbeit an Schulen seit 1999. Schwerpunkt des Einsatzes der Mitarbeiter des Jugendamtes sind bei Schuljahresbeginn 2005/2006 die Hauptschulen Schnieglinger Straße, Sperberstraße, Scharrerstraße und Herschelplatz.

Jugendsozialarbeit an Schulen richtet sich an junge Menschen mit gravierenden sozialen und erzieherischen Problemen, die zum Ausgleich individueller Benachteiligungen und Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind.

Ziel ist es, Entwicklung von Schülerinnen und Schülern zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten zu fördern. Schule ist ein geeigneter Ort, an dem das niederschwellige Angebot der Jugendsozialarbeit frühzeitig und nachhaltig auf junge Menschen einwirken und Eltern rechtzeitig erreichen kann.

Die Angebote von Jugendsozialarbeit an Schulen:

- Beratung und Unterstützung von Schülerinnen und Schülern bei schulischen, familiären und persönlichen Problemen, in Konflikten und Krisensituationen.
- Unterstützung von Schülerinnen und Schülern bei der beruflichen Orientierung (z.B. Beratung über berufliche Möglichkeiten, Bewerbungstraining, Kooperation mit dem Arbeitsamt)
- Planung und Durchführung von Freizeit- und Gruppenangeboten sowie Projektarbeit mit Schülerinnen und Schülern (z. B. Gewaltprävention, Mitwirkung bei der Ausbildung und Begleitung von Streitschlichtern)
- Abstimmung, Kooperation und Koordination der Jugendsozialarbeit mit Schulleitung und Lehrkräften;
- Angebote der Elternarbeit;
- Kooperation / Vernetzung mit Einrichtungen und Beratungsstellen im Stadtteil (z.B. Jugendfreizeiteinrichtungen, Allgemeiner Sozialdienst); Mitarbeit in stadtteilorientierten Arbeitskreisen

Als flankierendes Modell hierfür könnte die „vertiefte Berufsorientierung“ an der Fokus-Hauptschule Schnieglinger Straße dienen. In Kooperation mit der Agentur für Arbeit und der Handwerkskammer für Mittelfranken (HWK) wird ein neuer Weg der Berufsorientierung eingeschlagen.

Alle Schülerinnen und Schüler der vier 8. Klassen haben die Möglichkeit, sich in den überbetrieblichen Werkstätten der HWK in zwei selbst ausgewählten Berufen zu erproben. Dies unter der Anleitung von erfahrenen Meistern, von denen die jeweils 2-tägige Tätigkeit anschließenden schriftlich beurteilt wird. Gleichzeitig erstellt der psychologische Dienst der Agentur für Arbeit ein Stärken-Schwächen Profil für jeden Schüler, aus dem sichtbar wird, für welche beruflichen Bereiche er/sie mehr oder weniger geeignet ist.

Dieses Modell bietet wichtige Impulse für alle Hauptschulen und sollte weitestgehend übertragen werden. Voraussetzung hierfür ist ein weiterer Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen.

Schul- und berufsbezogene Jugendhilfe

Schul- und berufsbezogene Jugendliche recherchiert und beobachtet den Verlauf der mit SGB II verbundenen Prozesse. Dazu gehört die Berichterstattung an den Jugendhilfeausschuss, in Arbeitskreisen und die Information der Kolleginnen und Kollegen aus der Jugendarbeit über neue Entwicklungen.

Darüber hinaus wird der Nürnberger Katalog Berufliche Integration junger Menschen als Gesamtschau der Angebote der Jugendberufshilfe und Berufsorientierung in Nürnberg von der Schul- und berufsbezogenen Jugendhilfe erstellt. (siehe bei Kinder- und Jugendhäuser, Jugendtreffs).

5.2.3 Berufliche Förderung im Rahmen von Hilfen zur Erziehung

Die Förderung des Berufseinstiegs und der Berufsausbildung von Jugendlichen und jungen Volljährigen ist selbstverständlicher und wichtiger Bestandteil von ambulanten und stationären Hilfen zur Erziehung.

Integraler Bestandteil qualifizierter stationärer und auch ambulanten Hilfen ist – bei Angeboten für Jugendliche und junge Volljährige – immer die enge Kooperation mit der ARGE (vorher Arbeitsverwaltung) und auch mit Trägern, die Maßnahmen zur Qualifizierung und Eingliederung in den Arbeitsmarkt durchführen.

Im stationären Bereich (Heimerziehung, Wohngruppen, betreutes Wohnen) sind vor allem die freien Träger der Jugendhilfe tätig. Hier gibt es vielfältige Formen der beruflichen Förderung bis hin zur eigenen Berufsausbildung in der stationären Einrichtung (Rummelsberg, Jugendhilfezentrum Schnaittach u.a.), die in die Hilfe nach § 27 ff SGB VIII eingebunden sind.

Neben einer Reihe von Trägern der freien Jugendhilfe bietet das Jugendamt Nürnberg auch selbst ambulante Hilfen zur Erziehung nach dem SGB VIII an, z.B. Erziehungsbeistandschaften oder Betreutes Wohnen. In Kooperation mit dem Jugendhilfeverbund „Schlupfwinkel e.V.“ wird „Ambulante Intensive Begleitung - AIB“ (nach §§ 27,2 bzw. § 41 SGB VIII) geleistet, eine intensive, schnelle, unbürokratische und zeitlich auf 90 Tage befristete Maßnahme (siehe auch die JHA-Vorlage vom 05.06.2003: Modellprojekt Ambulante Intensive Begleitung – Abschlussbericht).

5.3 Weitere kommunale Leistungen nach § 16 (1) SGB II

Dieser Paragraph regelt, wie in Punkt 5.2.1 (Kindertagesbetreuung) bereits zitiert, dass weitere Leistungen erbracht werden, die für die Eingliederung des erwerbsfähigen hilfebedürftigen in das Erwerbsleben erforderlich sind. Diese Leistungen fallen in den Kompetenzbereich der Kommunen. Neben der Kinderbetreuung (siehe Punkt 6.1) werden Schuldnerberatung, psychosoziale Betreuung und die Suchtberatung genannt. Diese müssen entsprechend mit Personal und Sachmitteln ausgestattet werden. In Nürnberg übernehmen die freien Träger die o.g. Aufgaben.

Mit diesen wurde vereinbart, dass aufgrund der langen Wartezeiten ein Erstkontakt mit den betroffenen Jugendlichen innerhalb von 2 Wochen erfolgen kann.

6. Zwischenbilanz und neue/alte kommunale Handlungsfelder

Zwischenbilanz:

Die ARGE existiert im Oktober 2005 nunmehr ein Dreiviertel Jahr. Nach Anlaufschwierigkeiten, in dem die Schaffung der Infrastruktur und die pünktliche Auszahlung des Arbeitslosengeldes II im Vordergrund stand, steht jetzt die Vermittlung der Jugendlichen unter 25 Jahren an.

Damit ist es der ARGE möglich, Außenkontakte und Kooperationsstrukturen aufzubauen. Die Jugendhilfe wird sich offensiv in ein entsprechendes Netzwerk einbringen. Gemeinsame Projekte wie niederschwellige Angebote oder die Einrichtung eines Jobcenters, das eine intensive Zusammenarbeit einer Vielzahl von Akteuren aus dem beraterischen Bereichen ermöglicht, sind in der Diskussion.

Positiv ist zu vermerken, dass ein breites Maßnahmenspektrum von der Arge bedient wird. Dabei fungiert mit der Noris- Arbeit ein erfahrener lokaler Träger als Vermittlungsinstanz. Weitere lokale Träger der Jugendberufshilfe sind einbezogen.

Die Maßnahmen erfolgen durchwegs mit sozialpädagogischer Begleitung. Durch Fördern und Fordern erreicht man einen guten Teil von Jugendlichen, die Angeboten eher distanziert gegenüber stehen. Allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass es aufgrund der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt sehr schwer sein wird, die Jugendlichen in Anschluss an die einzelnen Maßnahmen in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln.

Ein Erfolgsbewertung nach fast 10 Monaten ist hier allerdings noch nicht möglich. Der Prozess muss weiter beobachtet werden.

Neue, alte kommunale Handlungsfelder:

Die Auswirkungen des SGB II auf die Jugendhilfe werden enorm sein. In dem Entwurf der Handlungsempfehlungen der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe und der Bundesagentur für Arbeit („Das SGB II und die Auswirkungen auf die Kinder- und Jugendhilfe“) vom Juli 2005 sind zusammenfassend zentrale Punkte benannt:

- Gewährleistung umfassender Beratung und Betreuung der Zielgruppe, insbesondere auch durch zielgruppenspezifisch gestaltete Settings und adäquat agierende Ansprechpartner/-innen.
- Entwicklung geeigneter Kooperationsvereinbarungen zwischen Jugendhilfe und Trägern der Grundsicherung, Einbindung in regionale Strukturen.
- Berücksichtigung der örtlichen Kompetenz bei der Vergabe von Fördermaßnahmen.
- Arbeitsgelegenheiten müssen der beruflichen Integration dienen.

Allerdings ergeben sich auch eine Reihe von offenen Fragen, die erst durch gezielte Evaluationsmaßnahmen beantwortet werden können:

- Wie erfolgt die Betreuung der unter 25-Jährigen, die keine eigenen Bedarfsgemeinschaften darstellen?
- Wie reagieren die jungen Menschen, die mit Sanktionen belegt werden, welche Folgen hat dies für die weiteren Lebensverläufe (dauerhafter Ausstieg, Karrieren jenseits normaler Erwerbsarbeit, Kriminalität) ?
- Wie kann eine strategische Zusammenarbeit zwischen den ARGEn und den Jugendhilfeträgern vor Ort entwickelt werden? Welche Auswirkungen hat die Umsetzung von SGBII auf Familien in ihren unterschiedlichen Konstellationen? Dabei geht es nicht nur um die finanzielle Situation, sondern auch um Fragen des Zusammenlebens und der gesellschaftlichen Teilhabe.

Bei der weiteren Entwicklung dieser Fragen kommt der Stadt Nürnberg als Träger der öffentlichen Jugendhilfe besondere Verantwortung zu, so dass davon auszugehen ist, dass die kommunale Beschäftigungspolitik für junge Menschen stärker ins Zentrum der Jugendhilfe und insbesondere der Jugendhilfeplanung rücken wird. Die konzeptionelle Neuausrichtung der Ansätze der Jugendsozialarbeit der Verwaltung des Jugendamtes wird sich daran orientieren. Einen ersten Baustein hierzu wird auch der Bericht liefern, der von der Verwaltung des Jugendamtes und dem Amt für berufliche Schulen federführend für die gemeinsame Sitzung von Jugendhilfe- und Schulausschuss am 16. 11. gegenwärtig vorbereitet wird. (Beschluss JHA/SchA vom 21. 7. 2005)

Auch für die Organisation des Zusammenwirkens der unterschiedlichen Träger der Jugendberufshilfe werden neue Kooperationsmöglichkeiten zu finden sein. Hierzu sind von Seiten der Stadt Nürnberg erste Schritte zum Aufbau eines arbeitgemeinschaftähnlichen Gremiums in Anlehnung an § 78 SGB VIII eingeleitet worden.

Gerade die Träger der Jugendberufshilfe (§ 13 SGB VIII) haben in der Vergangenheit mit von der Agentur für Arbeit geförderten Maßnahmen vielfältige Erfahrungen in Angeboten für benachteiligte und schulmüde Jugendliche gesammelt. Dieser Handlungsspielraum ist auch in Zukunft unabdingbar. Mit unterschiedlichen pädagogischen Ansätzen und Förderungen ist bei einem erheblichen Teil der Jugendlichen viel erreicht worden. Manchen Jugendlichen, die in der Schule gescheitert sind, gelingt es durch andere Lernformen und praktische Erfahrungen wieder neu in formale Bildungsprozesse einzusteigen. Angebote der Jugendberufshilfe stellen somit für viele Jugendliche eine Chance dar, doch noch erfolgreich in das Erwerbsleben zu starten: Jugendhilfe ist besonders herausgefordert, auch in Zukunft Jugendliche zu unterstützen, denen es an sozialen und persönlichen Voraussetzungen fehlt, um in den Arbeitsmarkt integriert zu werden.

Bei der beruflichen Integration junger Menschen müssen viele Partner zusammenarbeiten. Besonders wichtig ist dabei die enge Kooperation zwischen Schule, Jugendhilfe und hier insbesondere den Institutionen und Maßnahmenträgern der Jugendberufshilfe.

II. Beilagen
keine

III. Beschlussvorschlag
entfällt, da Bericht

IV. Herrn OBM

V. Herrn Ref. V

Am
Referat V